

Expertenkommission in Hessen

Bei der Amtseinführung von LPP Roland Ullmann wurde eine gewerkschaftliche Beteiligung an der Arbeit innerhalb der Expertenkommission in Aussicht gestellt. Die Hoffnung auf eine ausgewogene Zusammensetzung fand jedoch ein jähes Ende.

▶ Amtseinführung des LPP Roland Ullmann

In den Pressemeldungen zur Amtseinführung Roland Ullmanns wurden vielfältige Maßnahmen angekündigt. Neben Einschränkungen in der Verfügbarkeit essentieller polizeilicher IT-Systeme sollte sich eine Expertenkommission auch mit dem Thema des Leitbildes der Polizei befassen. Die Beteiligung der Gewerkschaften war gesetzt. Aus unserer Sicht ein essentieller und wichtiger Vertrauensanker in der Belegschaft. Wir als **DPoIG Hessen** haben in der gesamten Entwicklung des unglückseligen und haltlosen Generalverdachts – **als einzige Berufsvertretung** – bedingungslos dem Vorhandensein rechter Netzwerke und strukturellen Rassismus in unserer Polizei eine klare Absage erteilt. Wir sind und bleiben an Tatsachen orientiert.

▶ Die Enttäuschung

Bereits einen Monat später war es soweit. Die Zusammen-

setzung der Expertenkommission wurde bekanntgegeben. Eine Beteiligung der Gewerkschaften „Fehlanzeige“ drei von 14 Mitgliedern haben überhaupt einen Polizeibezug. (Wer sich die Zusammensetzung der Expertenkommission anschaut, kann sich hier ein eigenes Bild machen.)

Im Schwerpunkt ist das „Who is Who“ polizeikritischer Organisationen zu erkennen. In einer Intervention wurde der unbedingte Wille der konzeptionellen Zusammenarbeit von der Stunde Null an erklärt. Wir als **DPoIG Hessen** füllen nunmehr seit fast 70 Jahren die Lücken auf, die der Dienstherr „in der Fürsorge“ gegenüber den Kolleginnen und Kollegen; aufweist und setzen uns, wie keine andere Berufsvertretung, bedingungslos für die Rechte unserer Berufsgruppe ein.

Die avisierte aktive Beteiligungsmöglichkeit als Säule des Vertrauens zwischen den Polizeibesetzten, den Gewerkschaften und dem Dienstherrn unterstreicht die Ernsthaftigkeit dieser Initiative. Damit wäre der Grundstein für eine ausgewogene Zusammensetzung der Expertenkommission gesetzt.

▶ Karikatur

Eine Expertenkommission zur Verantwortung der Polizei einer pluralistischen Gesellschaft ohne eine angemessene Beteiligung der Polizei/der Gewerkschaften kommt einer Karikatur gleich.

Analog wäre ein Leitbild für die Jugend der Parteien Linke/Grüne fast ausschließlich durch Vertreter der Polizei umzusetzen, damit das allgemeine Verständnis für Recht und Gesetz, Anstand, Sicherheit und Ordnung in dieser Zielgruppe geschärft wird.

Vielleicht doch eine Idee für die Zukunft?

▶ Ein Lichtblick?

Die Expertenkommission lädt nach weiteren drei Monaten zum Austausch zur Auftragslage ein, was für mich eine späte Chance der Beteiligung aufweist. Aber es ist eine Chance. Wir werden an dieser Stelle unseren Willen zur Beteiligung am Gesamtprozess unterstreichen. Eine zugewandte und lösungsorientierte Herangehensweise ist in der Sache der Weg, um die eigentlichen Herausforderungen der Polizeiarbeit nach oben zu tragen. Dazu zählen die enorme emotionale Belastung durch die Ereignisse auf der Straße, zahllose Überstunden und der fast völlig fehlende Rückhalt in der Politik.

▶ Vertrauen

Auch wenn die Berufsgruppe der Polizeibesetzten bereits zu den Berufsgruppen gehört, denen mit 86 Prozent am meisten Vertrauen in der Bevölkerung entgegengebracht wird, können Maßnahmen zur Optimierung dieser Zahlen nur förderlich sein. Nur eines kann man sich abschminken: „Keine noch so gut gemeinte Maßnahme wird das Vertrauen der letzten 13 Prozent in die Polizei verbessern können.“

Die Frage ist gestellt, welche Sozialisation oder politische Herkunft dieser Anteil der Bevölkerung hat, die der Polizei



▶ Innenminister Peter Beuth und LPP Roland Ullmann

nicht traut. Auf die Antwort dürfen wir gespannt sein.

▶ Evaluation

Ich bin ein Freund davon, auch mal Maßnahmen umzusetzen, die neue Wege in der Polizeiarbeit oder im Datenschutz eröffnen. Allerdings müssen diese Maßnahmen auch ehrlich und wahrhaftig evaluiert werden. Wenn sich dies als unbrauchbar erweist, dann muss in den Projekten auch das Rückgrat gezeigt werden, eine unrunde Lösung, die die Arbeit nur erschwert und keinen Sicherheitsgewinn bringt, über Bord zu werfen.

Wir erwarten dies bei allen ergriffenen Maßnahmen. Diese dürfen nicht auf Biegen und Brechen durchgedrückt werden, nur um dem politischen Gegner zu entsprechen. In diesem Sinne werden wir jede einzelne weitere Maßnahme, insbesondere die technischen, kritisch, aber auch konstruktiv begleiten. Das sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig.

So sieht Wertschätzung aus!

Wertschätzung! Nur mit uns. DPoIG Hessen.

Euer
Engelbert Mesarec

Impressum:

Redaktion:
Alexander Glunz (V. i. S. d. P.)
DPoIG-Landesgeschäftsstelle:
Otto-Hesse-Straße 19/T3
64293 Darmstadt
Tel. 06151.2794500
Fax 06151.2794502
E-Mail: glunz@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoIG Hessen wider.



Belastung der Polizei

Einsatz Dannenröderforst

Nach vielen Jahren, soll jetzt der Autobahnschluss A 49 zwischen Kassel und Gießen erfolgen. Erwartungsgemäß gibt es massiven Widerstand. Jetzt soll die Polizei die Kohlen aus dem Feuer holen.

Wir haben einen rechtmäßigen und legalen Auftrag und wir werden ihn erfüllen. Denn das, was rechtens ist, muss im Zweifel durchgesetzt werden. So oder so ähnlich ist wohl der Grundtenor der Einsatzmaßnahmen bei den Rodungsmaßnahmen im Dannenröder Forst. Vor fast 40 Jahren wurde der Entschluss gefasst, den Brückenschluss zwischen Kassel und Gießen über die Autobahn 49 zu bauen.

► Gute Gründe dafür:

- Die Verbindung der hessischen Mittelzentren Kassel im Norden und Gießen in der Mitte ist einer davon.
- Aber auch die wirtschaftliche Stärkung des struktur schwachen Gebietes in diesem Bereich ist nicht zu unterschätzen.
- Die Entlastung der Anwohner besonderes am Standort Stadtallendorf mit doch erheblichem Schwerverkehr.
- Als auch die Entzerrung der Verkehrsflüsse auf der A 5 zum Berufsverkehr ins Rhein-Main-Gebiet und zurück.

Offensichtlich war es aber mit dem Endausbau nicht ganz so eilig, denn schon seit einigen Jahren ist das Endstück der A 49, um das es nun geht, in Planung und Vorbereitung. Erwartungsgemäß gab es auch viele Gegner des Autobahnbbaus. Vor Gericht aber konnten keine Belege erbracht werden, die den Bau verhinderten. So hat das Bundesverwaltungsgericht als letzte Instanz entschieden, es darf gebaut werden!

den! Es darf gebaut werden, bedeutet nicht, es muss.

► Es steht dem Bau fast nichts mehr im Wege

Rechtlich ist gegen den Bau nichts einzuwenden. Wenn es politisch nun auch noch gewollt ist, steht den Baumaßnahmen nichts mehr im Wege, fast nichts mehr.

► Gute Gründe dagegen:

- Für den Bau muss wertvoller Baumbestand gerodet werden.
- Die Verkehrswende wird nicht durch neue Autobahnen erreicht.
- Die Abkehr vom Individualverkehr und der Weg hin zum Lastenverkehr auf die Schiene wird durch den Bau nicht gefördert.

► Die Rolle der Grünen

Erstaunlich ist, dass gerade der hessische Verkehrsminister Tarek Al-Warzir von den Grünen bei dem Thema abtaucht. Noch erstaunlicher ist, dass sich die Grünen auf Bundesebene gegen den Neubau aussprechen, ihre hessischen Parteifreunde in der Landesregierung aber die politische Verantwortung für den Bau mittragen.

Nun wäre es zu schön, wenn wir alle das gleiche Demokratieverständnis hätten.

- Alle Rechtsmittel sind ausgeschöpft, der Bau ist rechtlich nicht zu verhindern, es ist



► Einsatzbetreuung vor Ort.

„gutes“ Recht der Regierung, zu bauen.

- Politisch ist man nicht gewillt, vom Bau zurückzutreten.

Somit bleibt eigentlich nur für den, der gegen einen Bau ist, sein Kreuz bei der nächsten Wahl woanders zu machen.

► Falsches Demokratieverständnis

Aber es gibt einige, die ein anderes Verständnis von Demokratie haben. Sie gehen davon aus, dass Gerichtsurteile und politische Entscheidungen nur dann respektiert werden müssen, wenn sie mit der eigenen Ideologie übereinstimmen. Alles andere ist „Unrecht“, kann, darf und muss sogar mit Gewalt bekämpft werden.

Kaum anders ist zu erklären, dass es einige Dutzend Waldbesetzer gibt, die durch den Bau von Baumhäusern, was an sich schon illegal ist, den Bau der A 49 verhindern wollen.

Zur Spitze wird es aber getrieben, wenn auf den Wegen im Wald „Fallen“ gebaut werden, die Spaziergänger und Einsatzkräfte gefährden.

► Monatlang untätig zugeschaut

Nun stellt sich auch die Frage, wenn der Familienvater, der mit Kind und Kegel am Wochenende am Waldrand auf der grünen Wiese mal grillt, gleich von Förster, Ordnungsamt und Polizei mit Bußgeld belegt wird, wie man dann Monate lang zuschauen kann, wie hier offensichtlich Recht gebrochen wird. Der Bau von

Baumhäusern stellt einen klaren Verstoß, nicht nur gegen Bau- und Naturschutzrecht dar. Schon früh wäre es möglich gewesen, hier gegen das Festsetzen der Waldbesetzer vorzugehen.

Wo waren die zuständigen Ordnungsbehörden von Stadt und Landkreis?

► Polizei soll die Kohlen aus dem Feuer holen

Nun ist es an der Polizei, mit extremen Aufwand die Kohlen aus dem Feuer holen.

Es war damit zu rechnen, dass diese Lage weder einfach noch kurzfristig zu lösen ist. Jetzt, da Baumhäuser in großer Zahl gebaut, Wege verbarrikadiert und die Störer sich eingerichtet haben. Auch die Erfahrungen aus dem Hambacher Forst in NRW zeigen, dass es kein einfacher Einsatz werden wird. Auch der vorraussichtlich große Kräfteansatz, um einen ganzen Wald zu sichern, ist ein Problem.

Diese Fakten und die Tatsache, dass die Zuständigkeit sich über drei Flächenpräsidien erstreckt, würde dafür sprechen, hier eine Landeslage anzunehmen. Im Ministerium entschied man sich aber dafür, ein einzelnes Präsidium mit der Gesamteinsatzleitung (GEL) zu beauftragen. So wurde im Polizeipräsidium Mittelhessen ein Vorbereitungsstab eingerichtet. Dieser plante eine Lage, welche es so in Hessen noch nicht gegeben hat. Damit sind auch die Unzulänglichkeiten zu erklären, die besonderes in der Anfangszeit des Einsatzes viele Nerven gekostet haben. Es sieht so aus, als ob man aber aus Fehlern gelernt hätte. Klei-

ne und größere Probleme, besonders bei Versorgung und am zentralen Standort Hessenkaserne wurden behoben. Dieses ist auch dem extrem hohen Engagement der planenden Kräfte zu verdanken. Fraglich ist aber, wie lange man in den Stäben und bei den Dienststellen, die täglich bis zu 1 000 Beamte in diesen Einsatz bringen müssen, noch mit 150 Prozent „fahren“ kann?

➤ **Alltagsgeschäft bleibt liegen**

Angestellte, die sonst Personal-sachen bearbeiten, werden zu Verpflegungsausgebern. Mitarbeiter die sonst Akten, Asservate und Post zu den Dienststellen transportieren, werden zu Lieferanten für Essen und Material. Und der Schutzmann, der sonst die Sicherheit auf der Straße gewährleistet, wird zum Einsatzbeamten im Wald. Das „Alltagsgeschäft“ bleibt liegen. So etwas kann die Organisation Polizei verkraften. Temporär, kurzfristig und absehbar, aber nicht auf Dauer. Und der Einsatz Dannenröder Forst hat gerade erst begonnen.

Schon jetzt sind die Kräfte, die sich beispielhaft einbringen, so gut wie erschöpft. In manchen Bereichen, zum Beispiel den Stäben, sind 16 bis 18 Stunden am Tag im Dienst kei-

ne Seltenheit. Im Schichtdienst gibt es keine Ruhe- und Regenerationszeiten mehr, da wird Tagdienst vor Tagdienst und Nachtdienst nach Nachtdienst versehen, um die geforderten Stärken stellen zu können. Es nutzt auch nichts, wenn man Trupp-, Gruppen- oder Zugstärken herabsetzt, denn es gibt Gründe, warum ein Trupp oder ein Zug aus einer festgelegten Anzahl von Kräften besteht. Wenn der erste minimierte Trupp auf einen zahlenmäßig stärkeren Gegner trifft, wird sich diese Taktik rächen.

➤ **Wo ist das zusätzliche Personal aus den Sicherheitspaketen?**

Schon seit Jahren fordert die DPoIG die Stärkung der Basisdienststellen, damit auch solche Lagen über einen längeren Zeitraum gelöst werden können. Aber was passiert? Die zusätzlichen Stellen aus den Sicherheitspaketen verschwinden in einer Verdoppelung des Personals bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, werden in Sonderaktionen und Prävention investiert. Bei den Organisationseinheiten, die jeden Tag die Einsatzhundertschaften stellen müssen, ist so gut wie nichts an Personalmehrung angekommen. Das, liebe Politiker und Führungskräfte, haben wir euch vorausgesagt!



➤ Auch die Gesamteinsatzleitung (GEL) wurde unter anderem mit Kaffeetassen unterstützt.

Wer glaubt, dass eine Rückführung von fünf auf vier Schichten das Problem des fehlenden Personals löst, der irrt! Wenn ich 50 Polizeibeamte habe, ist es egal, ob die in vier oder fünf oder welchem Schichtsystem auch immer arbeiten, es bleibt bei nur 50 Polizeibeamten.

Die Erholungsphasen und die Planbarkeit würden ebensowenig steigen, wenn das Schichtsystem geändert wird. Zumal die Kolleg(inn)en in diesem Jahr bereits schon einmal ihre Flexibilität bewiesen haben und eine Änderung der persönlichen Planung durchmachen mussten. Hier wird in das Privat- und Familienleben der Mitarbeiter ohne Rücksicht auf Verluste eingegriffen.

➤ **Rückhalt in der Bevölkerung?**

Bleibt nur zu hoffen, dass die Waldbesetzer keinen Rückhalt in der Bevölkerung finden. Auch wenn viele Menschen die Waldrodung nicht unterstützen, so sind doch die wenigsten für einen gewaltsamen Widerstand. Besonders wenn Polizeibeamte/Polizeibeamtinnen aus dem Hinterhalt heimtückisch und in lebensgefährlicher Weise angegriffen werden, fehlt bei der großen Masse der Menschen jegliche Unterstützung. Da tun sich die Waldbesetzer auch keinen Gefallen, wenn sie sich von Autobahnbrücken abseilen und schwere Verkehrsunfälle verursachen.

➤ **Justiz, wo bist du?**

Hier darf man auch getrost mal bei der Justiz nachfragen, ob ein Abseilen auf die Autobahn mit anschließender Vollsperrung für mehrere Stunden als Ordnungswidrigkeit ansieht, noch weiß, was er tut?



Es liegt maßgeblich an der Justiz, die vorgefallenen Straftaten schnell abzuurteilen. Denn nur so kann die Abschreckungswirkung, die jedem Urteil zukommt, auch Wirkung entfalten. Diese Wirkung muss sein, dass jeder, der einen Stein auf Polizeibeamte wirft, weiß, was ihn erwartet, dass jeder der sich auf eine Straße abseilt, weiß, was das Resultat ist und dass jeder, der illegal Baumhäuser baut und sich legalen Staatsmaßnahmen widersetzt, dafür nicht nur finanziell in der Verantwortung stehen muss.

➤ **Keine Gewalt gegen Polizisten!**

Die DPoIG ist im Rahmen des Einsatzes mit einem Einsatzbetreuungskonzept und einem Betreuungsteam vor Ort und kümmert sich um die Sorgen und Nöte der Kollegen. Mit einer Hotline für diesen Einsatz 01590.4444066 ist die DPoIG erreichbar und Ansprechpartner. Zusammen mit den Personalräten und den anderen Gewerkschaften wird die DPoIG den Einsatz begleiten.

Im Zusammenhang mit dem Einsatz wird die Aktion – Keine Gewalt gegen Polizisten – aktiv beworben. Denn alle Polizeibeamten/Polizeibeamtinnen sind Menschen, die nach dem Einsatz gesund zurück zu ihren Familien und Freunden möchten. Damit das auch so kommt, setzt sich die DPoIG ein. Wir bleiben am Ball und werden weiter berichten, was sich in Sachen Einsatz tut. ■





> DPoIG – Tarif – Info

Beschäftigte in der Informations- und Kommunikationstechnik angepasst. Eine Höhergruppierung ist möglich.

Antragsfrist (31. Dezember 2020) beachten.



© DPoIG Hessen

Hallo liebe Mitglieder,

aus gegebenem Anlass möchten wir euch nochmals auf den Änderungstarifvertrag Nr. 16 und die Durchführungshinweise zu § 38 b TV-H hinweisen, der überwiegend Verbesserungen für die Beschäftigten in der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) mit sich bringt!

Durch Änderungen und Verbesserungen in der Eingruppierung ab 1. Januar 2020 ist abzuleiten, dass ein Antrag auf Höhergruppierung keine Überprüfung der bisherigen Entgeltgruppe entspricht.

Der Bestandsschutz fällt lediglich weg, wenn sich die auszuübende Tätigkeit des Beschäftigten ändert oder wenn bei Antragstellung nach § 38 b Abs. 3 Satz 1 TV-H eine neue Eingruppierung stattfindet.

Durch die Beschäftigten muss ein Antrag auf Höhergruppierung bis zum **31. Dezember 2020** gestellt werden und wird, bei Erfolg, rückwirkend zum 1. Januar 2020 gezahlt.

Zusammenfassend ist zu sagen:

- > Nur Anträge auf Höhergruppierung stellen!
- > Auf keinen Fall Anträge auf Überprüfung der Eingruppierung stellen (könnte nach hinten losgehen)!

Weitere Informationen findet ihr auf unserer Homepage: www.DPoIG-Hessen.de oder www.DPoIGHessen.de.

*Eure Marilia Thomas
(Landestarifbeauftragte)*

„Witzig“

Der Busfahrer meinte, ich solle während der Fahrt nicht mit ihm sprechen.

Dann hielt ich ihm kleine Zettelchen vor's Gesicht. War auch wieder falsch!

> DPoIG Mittelhessen bei Pro-Polizei-Dillenburg e.V.

Zwei Organisationen, ein Ziel.

Der gemeinnützige Verein Pro-Polizei-Dillenburg e. V. hat zur Jahreshauptversammlung (JHV) eingeladen und die DPoIG Mittelhessen ist gerne gekommen.

Nicht nur die Tagesordnung der JHV mit einem Fachvortrag von EPHK Andreas Heusser zum Thema Urkundenfälschung war interessant. Auch die Zusammenarbeit des Vereines, der sich als Bindeglied zwischen Polizei und Bürgern versteht gibt es schon länger.

Der Verein hat unter anderem seine Homepage mit der Homepage der DPoIG Hessen verlinkt. In vielen anderen Bereich arbeitet man gut und konstruktiv zusammen. Diese Zusammenarbeit ergibt sich aus dem gemeinsamen Ziel: die Solidarität mit der Polizei zu stärken. So war es auf der JHV auch ein Anliegen, ein klares Statement für die Polizei zu geben Diese hat es zur Zeit in den Sozialen Medien und der Presse nicht leicht hat.

Den Rückhalt, den die Beamten sich von der Politik und Führung wünschten, erhielten sie an diesem Abend bei Pro-Polizei-Dillenburg e. V.

Viele freundliche Worte und Anerkennung über den schweren Jog, den die Beamten in Dillenburg verrichten wurden von den Mitgliedern des Vereins überbracht. Auch die DPoIG konnte sich der Fürsprache für die Kolleg(inn)en nur anschließen.



> 1. Vorsitzender Pro Polizei Dillenburg Peter Patzwald und DPoIG Vertreter Alexander Glunz bei der JHV

> Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

Der Landesvorstand der DPoIG Hessen gratuliert seinen Mitgliedern, die Geburtstagskinder des Monats November sind.



© PX & DPoIG Hessen

Aus Gründen des Datenschutzes verzichten wir auf die individuelle Veröffentlichung von Namen und Alter.

Unseren erkrankten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine baldige gute Genesung und keine bleibenden gesundheitlichen Schäden!

Der Landesvorstand wünscht allen Dienst- und Gewerkschaftsjubilaren Glück, Gesundheit, viel Erfolg und alles Gute!